

Neoliberalismus, Katholische Soziallehre und gesamtwirtschaftliche Effizienz

Stephan Schulmeister

Angesichts des Vormarschs des neoliberalen Denkens – eine Art Globalisierung der Köpfe – erscheinen die Prinzipien der Soziallehre der katholischen Kirche bestenfalls moralisch ehrenhaft, gleichzeitig aber hoffnungslos verstaubt: mögen die entfesselten Marktkräfte zwar die soziale Ungleichheit erhöht haben, ökonomisch ermöglichen sie und nur sie die optimale Lösung des Problems, was, wie und für wen produziert werden soll. Die folgenden Überlegungen versuchen, Zweifel an dieser These zu wecken bzw. zu nähren, oder positiv formuliert: Es soll plausibel gemacht werden, daß eine solche Organisation des Wirtschaftslebens, welche den dualen Charakter des Menschen als individuelles und soziales Wesen berücksichtigt und demgemäß das Prinzip der Konkurrenz mit jenem der Kooperation verknüpft, die soziale Kohärenz und die ökonomische Effizienz fördert und damit in bezug auf Wirtschaftswachstum, Produktivität, Beschäftigung, Preisstabilität und Einkommensverteilung eine bessere Gesamtleistung aufweist als das Prinzip des laissez faire.

Das Weltbild des Neoliberalismus

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Neoliberalismus wie Rückzug des Staates, insbesondere Abbau des Sozialstaats, Deregulierung aller Märkte (egal, ob es sich um Güter-, Finanz- oder Arbeitsmärkte handelt), Aufgabe des Ziels von Vollbeschäftigung zugunsten von Geldwertstabilität und konsolidierten Staatsfinanzen, sind aus einem ökonomischen Weltbild abgeleitet, das von folgenden Annahmen ausgeht:¹

○ Die Akteure werden ausschließlich in ihrer Eigenschaft als Individuen betrachtet, ausgestattet mit einer Nutzenfunktion, welche sie zu maximieren trachten.

○ Alle Akteure bilden ihre Erwartungen auf der Grundlage des *wahren* ökonomischen Modells (= des Modells der Ökonomen), welches als gemeinsames Koordinatensystem auch *ex ante* ein allgemeines Gleichgewicht ermöglicht (Konzept der rationalen Erwartungen).

○ Unter diesen Annahmen stellen gesamtwirtschaftliche Prozesse ausschließlich das Resultat der individuellen Entscheidungen dar: Das Ganze wird als Summe seiner Teile gedacht, genuin makroökonomische (Koordinations-)Probleme existieren in einer vollständig mikroökonomisch fundierten Welt nicht.

○ Der Steuerungsmechanismus der (Preis-)Konkurrenz (*invisible hand*) stellt sicher, daß die Verfolgung des individuellen Eigennutzes der Akteure gleichzeitig das gesamtwirtschaftliche Optimum ermöglicht, der Steuerungsmechanismus der Kooperation zwischen Verbänden oder Staaten ist deshalb nicht nur entbehrlich, sondern – als Eingriff in die Harmonie der Marktprozesse – schädlich.

○ In der neoliberalen Welt existiert deshalb kein Gegensatz zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: je stärker der einzelne Akteur sein ökonomisches Eigeninteresse verfolgt, desto mehr dient er auch dem allgemeinen Besten.

¹ Unter Neoliberalismus wird hier jene Doktrin verstanden, deren wissenschaftliches Fundament der Monetarismus Mark 1 (Hauptvertreter: Milton Friedman) bzw. Mark 2 (Hauptvertreter: Robert Lucas) ist – historisch genauer wäre es, von Neo-Neoliberalismus zu sprechen.

○ Der Staat braucht daher auch nicht als Vertreter des Gemeinwohls zu agieren, sondern soll lediglich jene öffentlichen Güter bereitstellen, welche die Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft darstellen, wie etwa ein funktionierendes Rechtswesen oder innere und äußere Sicherheit.

○ Gegensätzliche Interessen der Akteure als Mitglieder unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen existieren nicht, insbesondere auch kein grundsätzlicher Konflikt zwischen den Interessen der Besitzer von Finanz- oder Realvermögen (Kapital) und jenen, deren Vermögen (fast) ausschließlich aus ihrer Arbeitskraft besteht.

Klose (1964, Sp. 440) führt präzise aus, daß der Individualismus als „Überbetonung der Bedeutung des einzelnen gegenüber überpersönlichen Bindungen“ die (ideologische) Grundlage sowohl für Liberalismus als auch Kapitalismus bilden: „Für den Liberalismus liegt in der unbeschränkten Entfaltung der Einzelpersonlichkeit und ihrer natürlichen Anlagen der Sinn des Lebens; die möglichste Freiheit von religiösen, sittlichen und gesellschaftlichen Bindungen wird zum erstrangigen Prinzip der Gesellschaftsordnung. Das von allen Bindungen gelöste Privateigentum an den Produktionsmitteln und der freie Wettbewerb sollen nach der Wirtschaftsauffassung des Kapitalismus eine bestmögliche Güterversorgung und größten Wohlstand gewährleisten. Die Formen der Ausbeutung der industriellen Lohnarbeiterschaft in der Zeit des Hochkapitalismus erwiesen diese Hoffnungen als trügerisch. Gegenüber diesen individualistischen Auffassungen betonte die Katholische Soziallehre ebenso wie die evangelische Soziallehre die Notwendigkeit einer sozialpolitischen Staatsintervention sowie die einer Regelung des Wettbewerbs.“

Die Grundsätze der Katholischen Soziallehre

Die Prinzipien, welche gemäß der Katholischen Soziallehre das ökonomische und soziale Zusammenleben prägen sollen, unterscheiden sich markant von jenen des individualistisch-neoliberalen Weltbilds, aber ebenso von kollektivistisch-marxistischen Konzeptionen (die Ausführungen folgen der zusammenfassenden Darstellung durch Nell-Breuning, 1987, 354–359):

○ „Im Gegensatz zu einseitig individualistischen oder kollektivistischen Lehren versteht die katholische Soziallehre den Menschen als Person und sieht seine Menschenwürde begründet in seiner ‚personalitas‘. . . Wesentlich für diesen Personenbegriff ist die vollkommene Ausgewogenheit des Selbstandes des einzelnen und seiner gliedschaftlichen Zuordnung und Eingebundenheit in die Gemeinschaft. In diesem Sinn ist die Konzeption der katholischen Soziallehre zweiseitig oder doppelseitig . . .“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 354). Weniger *altdeutsch* ausgedrückt: die Katholische Soziallehre versucht, den dualen Charakter des Menschen als individuelles und soziales Wesen explizit zu berücksichtigen, und damit auch seine Interessen als Teil von Gemeinschaften wie der Familie, dem Unternehmen oder dem Staatsverband bzw. der Gesellschaft insgesamt.

○ Aus der auf gemeinsame Ziele orientierten Interaktion von Menschen als soziale Wesen folgt: das *Ganze* einer Gemeinschaft ist „mehr als die bloße Summe dieser Glieder . . . dieses ‚Mehr‘ besteht in dem seine Einheit stiftenden *werthafte* Ziel“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 355). Zwar ist es intuitiv klar, daß z. B. eine Familie *mehr* ist als die Summe von Mutter, Vater und Kindern, formal-logisch läßt sich dies aber kaum abbilden – im Gegensatz etwa zur mikroökonomisch fundierten Makroökonomie: „Nun trifft es zwar zu, daß Theoreme, die nur von einem Prinzip ausgehen, sich viel leichter in strenger Folgerichtigkeit und strahlender Durchsichtigkeit entwickeln lassen als realistische Lehren mit ihrem unvermeidlichen *Zwar und Aber*“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 354).

○ Die integrative Konzeption von *individuell* und *sozial* vermeidet es, den einzelnen losgelöst von seinen sozialen Bezugssystemen (Gemeinschaften) zu betrachten bzw. in einem Gegensatz zu letzteren: „Kontradistinguiert zu seinen Gliedern verstanden ist das Ganze überhaupt nichts Reales, ist eine hypostasierte Abstraktion. Bei der Familie sieht jedermann, daß Vater, Mutter und Kind die Familie sind und es keine gegenüberstehende *Familie* gibt; bei den großen Sozialgebilden, insbesondere bei Staat und Kirche, täuscht der Umstand, daß sie physische Repräsentanten und reale Institutionen (Ämter und dgl. mehr) haben, darüber hinweg, daß *wir* selbst der Staat oder die Kirche sind“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 354). Auch in diesem Punkt unterscheidet sich die Katholische Soziallehre diametral von der (neo)liberalen Doktrin, für die der Gegensatz zwischen Individuum und Staat konstitutiv ist.²

○ Im Hinblick auf die Eigenschaft des Menschen als Individuum wird das Steuerungsprinzip der Konkurrenz auf Märkten von der Katholischen Soziallehre akzeptiert, doch ist es im Hinblick auf die Eigenschaft des Menschen als soziales Wesen durch das Sozialprinzip der Solidarität zu ergänzen bzw. auszugleichen; schließlich gilt „das Subsidiaritätsprinzip als das Zuständigkeitsprinzip, wonach im Stufenbau der Gesellschaft die Dinge nicht höher als nötig nach oben zu ziehen, vielmehr so nahe wie möglich bei den Beteiligten oder Betroffenen zu belassen sind...“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 355).

○ Die Berücksichtigung der Dualität von *individuell* und *sozial* kommt auch in der Lehre vom Gemeinwohl zum Ausdruck: „Jedes gesellschaftliche Gebilde ist bestimmt und geprägt und wird geeint durch das, was es als sein Ziel erstrebt und seinen Gliedern zugute kommen soll; wir nennen es sein Gemeinwohl. In ihrer Eigenschaft als Glieder des Ganzen... haben die einzelnen zu diesem Ziel mitzuwirken. Das kann Opfer erfordern, und so kann es zu Konflikten zwischen Gemeinwohl und Einzelwohl kommen“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 355). Im neoliberalen Weltbild löst hingegen die *unsichtbare Hand* – eine Art säkularisierte Vorsehung – dieses Spannungsverhältnis in der Harmonie des allgemeinen Gleichgewichts auf.

○ Aus dem Interesse der Menschen als soziales Wesen am Gemeinwohl ergibt sich die Notwendigkeit, dieses nicht nur durch private *caritas*, sondern entsprechend dem Prinzip der Solidarität auch durch öffentliche *Wohlfahrtspflege* zu realisieren. Die Katholische Soziallehre befürwortet daher einen sozialpolitisch aktiven Staat, insbesondere zugunsten der Schwächsten in der Gesellschaft (Nell-Breuning, 1987, Sp. 356 und 359).

○ Da die Katholische Soziallehre danach strebt, die sich aus der sozialen Interaktion der Menschen ergebenden Konflikte zu berücksichtigen, anerkennt sie die Bedeutung des Spannungsfelds zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit: „Hauptthemen der Soziallehre der Kirche waren von Anfang an Kapital (Eigentum) und Arbeit“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 356).

² Nimmt man an, daß ökonomische Doktrinen immer auch gesellschaftliche Interessen wissenschaftlich legitimieren, so kann die Staatsfeindlichkeit des klassischen Liberalismus auch als Ausdruck des Anspruchs des aufstrebenden Bürgertums verstanden werden, den feudalen Obrigkeitsstaat zu überwinden; begreift man im Gegensatz dazu den modernen Staat als Institution aller Bürger und für alle Bürger, weil seine Machtausübung demokratisch organisiert und kontrolliert ist, so läßt sich die Staatsfeindlichkeit des Neoliberalismus nicht mit dem Argument erklären, der Staat sei ein (Macht-)Instrument anderer gesellschaftlicher Gruppen, also nicht jener, deren Interessen der Neoliberalismus legitimiert. Berücksichtigt man allerdings, daß die modernen Demokratien gleichzeitig Sozialstaaten sind, so ließe sich die Staatsfeindlichkeit des Neoliberalismus ideologiekritisch dann erklären, wenn man annimmt, daß seine Anhängerschaft innerhalb jener Schichten besonders groß ist, die mehr zur Staatsfinanzierung beitragen, als sie wieder herausbekommen; dies dürfte insbesondere für die Besitzer großer Finanzvermögen gelten. Weitere Argumente für die These, daß der in Gestalt des Monetarismus modernisierte Neoliberalismus die spezifischen Interessen des Finanzkapitals (und nicht des Realkapitals) legitimiert, finden sich in Schulmeister (1998).

Fügt man die wesentlichen Elemente der Katholischen Soziallehre zusammen, so ergibt sich ein Bild vom Menschen und seinem Zusammenleben, das durch eine Vielzahl von *Polaritäten* bzw. Widersprüchen geprägt wird, die sich verkürzt wie folgt umreißen lassen:

- der Mensch als Individuum sowie als soziales und damit auch politisches Wesen,
- Eigenwohl und Gemeinwohl,
- Steuerungsmechanismus *Konkurrenz auf der Ebene der Märkte*, motiviert vom Eigennutz, und Steuerungsmechanismus *Kooperation auf der Ebene der Politik*, motiviert vom Gemeinwohl,
- Interessen der Kapitalbesitzer und Interessen der Arbeitnehmer,
- zentrale und dezentrale Entscheidungsfindung,
- der Mensch als rationales und emotionales Wesen,
- Sein und Sollen.

Beide Doktrinen im Vergleich

Die Katholische Soziallehre geht (implizit) davon aus, daß diese Widersprüche real wirksam sind und daß sie – so gut es eben geht – individuell und sozial integriert werden sollen, statt sie zu schweren inneren und/oder äußeren Konflikten eskalieren zu lassen. Mit der Akzeptanz der Widersprüchlichkeit und dem Verzicht auf Wertfreiheit stellt die Soziallehre natürlich keine wissenschaftliche Konstruktion dar, sondern lediglich den Entwurf von allgemeinen Richtlinien zur Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens.

Im Gegensatz dazu beansprucht der Neoliberalismus, eine wissenschaftliche Doktrin darzustellen. Dementsprechend ist ihr Fundament, die neoklassische Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, streng logisch konzipiert, also in sich widerspruchsfrei; sie erreicht dies durch die bereits skizzierten Annahmen (*Konstruktionselemente*) wie Nutzenmaximierung der nur als Individuen begriffenen Akteure, Interaktion nur durch Tauschakte auf der Grundlage rationaler Erwartungen usw. Unterstellt man zusätzlich vollkommene Information aller Akteure (am besten auch über die Zukunft) und vernachlässigt man die Problematik öffentlicher (sozialer) Güter, deren Konsum durch eine Person den durch eine andere nicht ausschließt (vom Rechtswesen bis zur Umwelt), so ermöglicht die Verfolgung der einzelwirtschaftlichen *Eigennutze* in ihrem Zusammenwirken gleichzeitig die gesamtwirtschaftlich optimale Lösung des Problems, was, wie und für wen produziert werden soll.

Im neoliberalen Weltbild sind somit alle wesentlichen, durch die Katholische Soziallehre explizit oder implizit angesprochenen Widersprüche nicht *vorgesehen*; in dem Maß, in dem diese Widersprüche tatsächlich wirksam sind, bezahlt die Gleichgewichtstheorie für ihre Widerspruchsfreiheit mit dem Preis empirischer Irrelevanz. Diese Problematik zeigt sich schon bei dem Versuch, alltägliche Zusammenhänge zwischen sozialer Interaktion, Gefühlen und ökonomischen Transaktionen in neoklassischem Kontext zu erklären: So erklärt der neoliberale Vordenker und Nobelpreisträger Becker (1996) die geringen sozialen Kontakte von einkommensstarken Personen mit einkommensschwachen Personen des jeweils anderen Geschlechts dadurch, daß sich erstere bewußt sind, daß sie sich in eine (wesentlich) ärmere Person verlieben könnten und dann ihr höheres Einkommen teilen müßten. Auch seine Erklärung, daß Eltern in der Erziehung ihrer Kinder deshalb mit Schuldgefühlen operieren (*investment in guilt*), damit sie von ihnen im Alter unterstützt werden, scheint wenig überzeugend.

Die radikal unterschiedliche Wahrnehmung sozialer Ungleichheit im neoliberalen Denken und in der Katholischen Soziallehre wird an einem anderen Beispiel von Becker (1996) besonders deutlich: Die Tatsache, daß es Bettler gibt, stellt für ihn kein soziales Problem dar (ein Zeichen eines unzureichenden *Funktionierens* der Gesellschaft), sondern ein individuel-

les Problem, allerdings nicht für den Bettler, sondern für den ihm begegnenden wohlhabenden Akteur, und zwar wegen des mit einer solchen Begegnung verbundenen Schuldgefühls: die optimale Lösung dieses Problems ist deshalb, Begegnungen mit Bettlern zu vermeiden, die suboptimale, dem Bettler im Fall einer Begegnung genau soviel zu spenden, daß der dadurch ermöglichte Nutzen der *Gewissensberuhigung* dem dadurch entgangenen monetären Nutzen entspricht. Woher aber stammt überhaupt das zu beruhigende Schuldgefühl? Am Ende deshalb, weil der Widerspruch zwischen Eigennutz und Gemeinwohl tatsächlich wirksam ist, und zwar nicht nur in der *Außenwelt*, sondern auch in ihrer Repräsentanz in der *Innenwelt* des einzelnen, also seiner Wahr-Nehmung.

In der Sicht der Katholischen Soziallehre stellt Armut ein gesellschaftliches Problem dar, das im Sinne des Solidaritätsprinzips auch durch die Sozialpolitik bekämpft werden muß. Dabei wird die Notwendigkeit von Opfern durch die sozial Stärkeren im Sinne christlicher (Opfer-)Tradition in den Vordergrund gerückt. Solidarität läßt sich allerdings auch als *sozialer Eigennutz* begreifen: In ihrer Eigenschaft als soziale Wesen haben Menschen ein Interesse am Funktionieren und damit an der Kohärenz der Gesellschaft als Gesamtsystem, wofür ein bestimmtes Mindestmaß an sozialem Ausgleich notwendig ist.³ Überdies ist die Vermeidung von Armut der effektivste Weg, ihr und den damit verbundenen Schuldgefühlen nicht begegnen zu müssen.

In der Begriffswelt der ökonomischen Theorie läßt sich die Position der Katholischen Soziallehre folgendermaßen fundieren: Sozialer Ausgleich oder – noch anspruchsvoller – soziale Gerechtigkeit stellt ein öffentliches Gut dar, vergleichbar der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, ihre Realisierung kommt allen Personen in ihrer Eigenschaft als Teil der Solidargemeinschaft Gesellschaft zugute und ist deshalb auch eine Aufgabe des Staates (allerdings im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nicht nur des Staates).

Ein anderes Beispiel für die empirische Irrelevanz der neoliberalen Harmonielehre des allgemeinen Gleichgewichts stellt die Instabilität der Finanzmärkte dar: Während laut neoklassischer Theorie die Rationalität der Akteure sicherstellt, daß der Zinssatz der Grenzproduktivität des Realkapitals entspricht, der Wechselkurs der Kaufkraftparität, der Aktienkurs den erwarteten und diskontierten Erträgen der jeweiligen Kapitalgesellschaft und der Öl(*futures*)preis seinem durch Angebot und Nachfrage am Markt für (echtes) Rohöl bestimmten fundamentalen Gleichgewichtswert, führen in der Realität die mit der Aussicht auf schnellen Spekulationsgewinn verbundenen Erregungszustände und ihre soziale Interaktion (*Ansteckungs- bzw. Herdeneffekte*) gemeinsam mit einer monetaristisch-neoliberalen Politik der Notenbanken dazu, daß die für die *reale Wirtschaft* wichtigsten Preise stark, systematisch und permanent von ihren theoretischen Gleichgewichtswerten abweichen: *Overshooting* von Wechselkursen, Zinssätzen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen stellt nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar.

Generell blendet das neoliberale Credo, wonach das Prinzip der Konkurrenz von Individuen gleichzeitig das allgemeine Beste zustande bringt, all jene Probleme und Konflikte aus, welche durch das *Gefangenendilemma* umschrieben werden können, wo also die Akteure (*Spieler*) die beste Gesamtlösung nur durch kooperative Strategien realisieren können: Der Klassenkampf zwischen Unternehmerschaft und Arbeitnehmern in der Zwischenkriegszeit, aber etwa auch die Abwertungswettläufe im Verhältnis der einzelnen Volkswirtschaften

³ Diese Sichtweise, welche von der Existenz eines Gemeinwohls *an sich* ausgeht, unterscheidet sich essentiell von der Behandlung des Altruismus in der ökonomischen Theorie: in diesem Fall wird angenommen, daß in die Nutzenfunktion eines bestimmten Individuums der Nutzen anderer Individuen eingeht (als Einführung in diese Problematik siehe Rabin, 1998).

zueinander, sind eindrucksvolle (negative) Beispiele für die empirische Relevanz solcher Konflikte zwischen dem (vermeintlichen) Einzelwohl und dem Gesamtwohl; positive Beispiele wären die enge Kooperation zwischen Kapital und Arbeit in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit oder die kooperativen Strategien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen vom stabilen Weltwährungssystem bis zum Marshallplan.

Schließlich komplettiert der Anspruch der Wertfreiheit das wissenschaftliche Selbstverständnis des Neoliberalismus, doch könnte gerade dadurch der interessensgebundene, also ideologische Gehalt mancher seiner Aussagen verdeckt werden: So mag die relativ hohe Zustimmung zur neoliberalen Weltanschauung bei den sozial Bessergestellten, insbesondere der Vorrang für das Steuerungssystem Markt relativ zum (demokratischen) Staat, auch damit zu tun haben, daß im ersten Fall *Geldstimmen* zählen, die ungleich verteilt sind, im zweiten aber der Grundsatz *one man, one vote*. Auch die Vorstellung, der einzelne würde mit seinem Streben nach Eigennutz – gelenkt von unsichtbarer Hand – gleichzeitig zum allgemeinen Besten beitragen, ist für Vermögende sicher angenehmer als etwa das Gleichnis von Kamel und Nadelöhr.

Katholische Soziallehre und Neoliberalismus in der Nachkriegsgeschichte

In der Prosperitäts- und Vollbeschäftigungsphase der Nachkriegszeit, also etwa bis Mitte der siebziger Jahre, wurden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft gestaltet, welche in hohem Maße jenen der Katholischen Soziallehre entsprechen; dazu gehörte etwa der wirtschaftspolitisch aktive Staat, die Berücksichtigung mehrerer Ziele der Wirtschaftspolitik (*magische Vielecke*), insbesondere auch das Ziel einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung, der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit, die korporatistische Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, die Ablehnung des *laissez faire* als dominantes Steuerungsprinzip ökonomischer Prozesse, insbesondere im Hinblick auf die Finanzmärkte (sie blieben weitgehend reguliert), Akzeptanz der Einsicht, daß auch im Wirtschaftsleben das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile.⁴

Natürlich hat sich die soziale Marktwirtschaft nicht primär unter dem Einfluß der Katholischen Soziallehre für eine bestimmte Zeit durchgesetzt, sondern angesichts des Problems, „wie denn aus dem Dilemma zwischen dem offenbaren und nicht ohne tiefen inneren Grund erfolgten Zusammenbruch des wesentlich nichtkollektivistischen Systems, das sich nach dem 1. Weltkrieg im Westen entwickelt hatte, und der ebenso offenbaren Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturkatastrophe des Kollektivismus ein Entrinnen möglich sei“ (der Neoliberale Röpke, zitiert nach Schmitz, 1964, Sp. 654).

Allerdings hat auch die Katholische Soziallehre in der Suche nach einem *dritten Weg* zwischen Individualismus und Kollektivismus an Einfluß gewonnen, zumal die Bedrohung durch den *realen Sozialismus* im Zuge des Kalten Kriegs zunahm: „Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg genoß die katholische Soziallehre weltweit höchstes Ansehen . . . Damit trug die katholische Soziallehre entscheidend zum Wiederaufbau bei. So erweist sich insbesondere das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland deutlich als von ihr geprägt. Sowohl von

⁴ Folgende Aussage von Streissler kann als typisch für das vom Keynesianismus geprägte ökonomische Denken in der Prosperitätsphase gelten: „Die klassische Schlußform vom einzelnen auf die Gesamtheit besteht in der ausschließlichen Analyse eines repräsentativen Individuums. Heute wissen wir, daß es in Wahrheit meist viel schwierigerer Überlegungen bedarf, um den Übergang von Einzelaussagen zu Gesamtaussagen zu vollziehen. Denn die Gesamtheit kann sich auf Grund des sozialen Zusammenspiels oder infolge von Interessenkonflikten ganz anders verhalten als jeder ihrer Teile“ (Streissler, 1964, Sp. 717).

liberaler als von sozialdemokratischer Seite strebten damals starke Kräfte auf sie zu“ (Nell-Breuning, 1987, Sp. 362).⁵

Unter den der Katholischen Soziallehre entsprechenden Rahmenbedingungen wurde das *golden age* der Nachkriegszeit realisiert, in dem weit über die Wiederaufbauphase hinaus die Produktion und Produktivität stärker als je zuvor gesteigert wurden und gleichzeitig der Sozialstaat ausgebaut und die Ungleichheit in der funktionellen und personellen Einkommensverteilung gemildert werden konnten. Wesentlich dazu beigetragen haben die klare und akzeptierte Rollenverteilung zwischen Unternehmern, Arbeitnehmern und dem Staat, das wechselseitige Vertrauen und die dadurch reduzierte Unsicherheit, die Dominanz *kooperativer Strategien* sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Regulierung der Finanzmärkte und damit die Lenkung des Gewinnstrebens der Unternehmer auf die Gütermärkte, also auf Investition, Innovation, Produktion und Handel (verbunden mit einer kontinuierlichen Schaffung neuer Arbeitsplätze).

Mit dem seit den siebziger Jahren wieder zunehmenden Einfluß des Neoliberalismus in Gestalt des Monetarismus und den damit verbundenen Änderungen der Rahmenbedingungen ging das Wachstumstempo von Produktion und Produktivität langfristig stark zurück, die Arbeitslosigkeit stieg und (damit) auch die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Entfaltungschancen. Wichtige Etappen in diesem Prozeß waren die Aufgabe der festen Wechselkurse, die Dollarentwertungen und die dadurch ausgelösten Ölpreisschocks, die Aufgabe der geldpolitischen Stabilisierung der Zinssätze auf einem unter der Wachstumsrate liegenden Niveau, die dadurch mitverursachte internationale Schuldenkrise, die Deregulierung der Finanzmärkte, die Schaffung immer neuerer Instrumente zur Spekulation (die *Finanzderivate* und ihre Kombinationen), die damit verbundene (Ab-)Lenkung des Gewinnstrebens der Unternehmer auf die Finanzmärkte, die Vernachlässigung staatlicher Aktivitäten, insbesondere im Bereich von Infrastruktur und Umwelt unter dem Druck steigender Sozialausgaben (primär eine Folge der steigenden Arbeitslosigkeit), der Versuch, die öffentlichen Finanzen durch Sparpakete, also durch Symptomkuren, zu konsolidieren.

Im Rahmen dieses Essays ist es nicht möglich, aufzuzeigen, über welche *Kanäle* die der Katholischen Soziallehre entsprechenden Rahmenbedingungen in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren zur beispiellosen Prosperitätsentwicklung beitrugen, und wie umgekehrt die Umgestaltung der Rahmenbedingungen im Sinne des Neoliberalismus seither das Wirtschaftswachstum gedämpft und die soziale Ungleichheit erhöht hat (diesen Versuch unternimmt Schulmeister, 1998). Eine fundamentale Ursache dafür dürfte im unterschiedlichen Menschenbild der beiden Lehren liegen.

Die Soziallehre der Kirche akzeptiert die Existenz von Widersprüchen, sie versucht diese zu integrieren und so soziale Konflikte zu mildern, sie ist einfach konstruiert, will nicht im Detail analysieren und erklären, sondern nur Richtlinien zur Gestaltung des gesell-

⁵ Selbstverständlich haben die kommunistische Herausforderung und die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise auch wesentlich zur Verbreitung des Keynesianismus beigetragen und auch über diesen Kanal die Realisierung der sozialen Marktwirtschaft gefördert. Zwar sind der Keynesianismus und die Katholische Soziallehre im Hinblick auf den gesellschaftlichen Bereich, aus dem sie stammen (Wirtschaftswissenschaft/Kirche), ganz verschiedene Konzepte und unterscheiden sich daher auch im Hinblick auf *Konstruktionsmethode* und Zielsetzung, doch haben sie auch einige Gemeinsamkeiten, wie die Ablehnung des Marxismus bei gleichzeitiger Teilakzeptanz seiner Kapitalismuskritik, die Ablehnung des *laissez faire* als einziger Steuerungsmechanismus wirtschaftlicher Prozesse, die damit zusammenhängende Bejahung einer Dichotomie zwischen Eigennutz und Gemeinwohl, Konkurrenz und Kooperation, Stärkung der Rolle des Staates als Förderer der sozialen Kohärenz und der ökonomischen Stabilität.

schaftlichen Lebens geben, in ihrer Unzulänglichkeit und (logischen) Widersprüchlichkeit korrespondiert sie mit der realen Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit der Menschen als Individuen und in ihrer sozialen Interaktion. Die Katholische Soziallehre ist gewissermaßen so irdisch wie die Zustände, auf die sie sich bezieht.

Die neoliberale Gleichgewichtstheorie ist hingegen eher eine himmlische Angelegenheit, insbesondere durch ihre Vorstellung der Akteure als rationale – von Emotionen *geläuterte* – Wesen, durch die Reinheit ihrer Logik und den Glauben an die Lenkung zu allgemeiner Harmonie durch eine quasi-göttliche, jedenfalls aber unsichtbare Hand. Solche Konstruktionselemente eignen sich ideal zum Bau eleganter Luftschlösser, die windschiefen Hütten am Boden der Realität können damit aber nicht stabiler werden.

Kostspielig wird es für eine Gesellschaft dann, wenn die Bewohner der Luftschlösser – gewissermaßen die Theologen der Ökonomie – den Bewohnern der Hütten Ratschläge geben, die zwar *oben* perfekten Sinn machen, nicht aber *unten*: Durch einen solchen Wechsel des Bezugssystems kann eine (auch gut gemeinte) Therapie selbst zur Krankheit werden.

Literatur

- Becker, G. S. (1996), *Accounting for Tastes*, Cambridge MA.
Klose, A. (1964), Individualismus, in: Klose et al., Spalte 439–440.
Klose, A./Mantl, W./Zsifkovits, V., Hrsg. (1964), *Katholisches Soziallexikon*, Innsbruck/Wien/München.
Nell-Breuning, O. v. (1987), Katholische Soziallehre, in: *Staatslexikon*, Band 5, Spalte 349–363.
Rabin, M. (1998), Psychology and Economics, *Journal of Economic Literature* 36, 11–46.
Schmitz, W. (1964), Marktwirtschaft, in: Klose et al., Spalte 654–660.
Schulmeister, S. (1998), Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit, *Internationale Politik und Gesellschaft* 1, 5–21.
Staatslexikon (1987), herausgegeben von der Görres-Gesellschaft,⁷ Freiburg i. Br.
Streissler, E. (1964), Nationalökonomie, in: Klose et al., Spalte 716–727.